

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/132

16. Juli 1975

Europa braucht Solidität

Plädoyer für eine gediegene Finanz- und Haushaltspolitik in der EG

Von Ludwig Fellermaier MdB

Stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seite 1 und 2 / 76 Zeilen

Schwierigkeiten in Afrika

Skeptis der Befreiungsbewegungen gegenüber der Bundesrepublik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 3 / 32 Zeilen

Auch hier das Ziel verfehlt !

Ungenügende Anti-Terroristen-Strategie der Opposition

Seite 4 und 5 / 59 Zeilen

Wer kennt schon KSZE ?

Anmerkungen zum Ergebnis einer Meinungsumfrage

Seite 6 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120-408  
Pressehaus i, Zimmer P17-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 08 24 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

### Europa braucht Solidität

Plädoyer für eine gediegene Finanz- und Haushaltspolitik in der EG

Von Ludwig Fallermaier MdB

Stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der BPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Seit geraumer Zeit haben einige Bundestagsabgeordnete auf der Suche nach innenpolitischem Profil das Feld der Europäischen Gemeinschaft für sich entdeckt. Dabei gehen sie geschickt vor: Unter dem Beifall derjenigen, die ihren Schluck aus der europäischen Finanz-Pulle insbesondere durch die deutschen Rufe nach seriöserem Finanzgeben der Gemeinschaft bedroht sehen, schalten sie die Bundesregierung "europafeindlich". Diese Behauptung tragen sie denn unter Verzicht auf ehrliche Sachargumentation und fernab von jeder Überprüfungsmöglichkeit durch den Bundesbürger auf die innenpolitische Szene.

Nach jahrelangen Brüsseler Ringen um eine Reform der Ausgabenpolitik der Gemeinschaft wurden die Befürworter einer seriösen Finanz- und Haushaltsplanung damit beschieden, daß zunächst die Planungen der einzelnen EG-Politiken überarbeitet werden müßten. Diese Reformen, deren Dringlichkeit uns z.B. in den Butter- und Fleischbergen und ihren ungeheuren Kosten drastisch vor Augen trat, ließen Jahr für Jahr auf sich warten. Schließlich erreichte die Bundesregierung durch entschiedenes Auftreten zunächst bei Regionalfonds, später in den Agrarpreisverhandlungen vom Oktober 1974 dann gegenüber dem Cheysson-Fonds und nun beim Forschungsetat schrittweise wenigstens Zusagen für Bestandaufnahmen und Planüberarbeitungen als Grundlage für eine verbesserte Ausgabenpolitik der Gemeinschaft.

Es ist bewußte Verdrehung zu behaupten, daß die jeweiligen Bundesfinanzminister - besonders Helmut Schmidt und Dr. Hans Apel - durch ihre Haltung zur Ausgabenpolitik der Gemeinschaft Obstruktionspolitik getrieben hätten. Keine Mitgliedregierung hat jemals mehr als die von Willy Brandt und nach ihm von Helmut Schmidt geführten Bundesregierungen Ernst gemacht mit ihrem Eintreten für die praktische Solidarität innerhalb der Gemeinschaft und für die Europäische Union. Das schrittweise Vorgehen der Bundesregierung ist auch keineswegs ein Versagen vor den Kernproblemen des Haushalts- und Finanzierungssystems der Gemeinschaft. Europafreundlichkeit und Nachsicht gegenüber der europäischen Schlampelei in Fragen der Finanzierung,

des Haushalte und der Planung der einzelnen Politik sind keineswegs identisch.

Seit Jahren - und bis heute vergeblich - hat die sozial-liberale Bundesregierung die Vorlage einer substantiierten mittelfristigen Finanzplanung von der EG-Kommission erbeten. Die Schaffung eigener Einnahmen der Gemeinschaft hat nicht dazu geführt, daß die Höhe der Ausgaben prinzipiell vom Umfang der Einnahmen bestimmt wird; das Gegenteil ist der Fall. Dem kann nicht entgegengehalten werden, daß der Gemeinschafts-Haushalt wegen der ständig neu hinzutretenden Tätigkeitsbereiche der EG nicht mit demjenigen eines Einzelstaates zu vergleichen sei. Gemeinschaftsausgaben dürfen nämlich nur dort angesetzt werden, wo eine ausgewogene, gründlich durchstrukturierte Planung vorliegt und die Kosten den Stempel der Unabweisbarkeit tragen.

In den vergangenen drei Jahren sind die wesentlichen Ausgabenblöcke des Gemeinschafts-Haushalts nahezu linear um rund zehn vM jährlich angestiegen; neue Ausgaben kamen hinzu. Im nationalen Rahmen werden die Höhe der bewilligten Mittel und der Zweck ihrer Verwendung strenger materieller Überprüfung unterworfen. Eine bloße Vorausschätzung der zu erwartenden Kosten kann auch für Europa nicht genügen. Daher hat selbst der Haushaltsausschuß des Europäischen Parlaments die im Bericht über die Weinmarktordnung von der Kommission vorgelegte Finanzübersicht abgelehnt, weil sie für die Beurteilung finanzieller Auswirkungen ungeeignet ist. Die Steuerzahler der Gemeinschaft müssen darauf vertrauen können, daß der Rat und die Kommission einerseits dem Zwang strenger Sparsamkeit mit den äußerst knappen Finanzmitteln genügen und andererseits durch die Gestaltung der Haushalte in gewissen Sektoren der Gemeinschaft dieser die so dringend benötigten Impulse verschaffen. Die Finanzmittel sind in der Gemeinschaft ebenso knapp wie in allen ihren Mitgliedstaaten, und ihr gezielter Einsatz ist darum umso wichtiger.

In den Mitgliedstaaten richten sich wie überall in der Welt die Ausgaben nach dem finanzpolitisch Möglichen. Sollte dies in der Europäischen Gemeinschaft anders sein? Können hier auf Dauer die Einnahmen - und das heißt die zusätzlichen Finanzierungsanforderungen an die Mitgliedstaaten - vorwiegend nach den wünschbaren Ausgaben festgesetzt werden? Dazu kann es nur ein entschiedenes Nein geben! Was wir jetzt brauchen, das ist die Ernennung eines Finanzkommissars für die Europäischen Gemeinschaften, der mit den gleichen Vollmachten ausgestattet sein muß wie die Haushalts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten. Außerdem sollte der Rat endlich die Vorlage der Kommission zur Schaffung eines Europäischen Rechnungshofes verabschieden. Hier sind die Mitgliederegierungen am Zuge.

Nach ihren erfolgreichen Klausurtagungen zur Agrar- und zur Umweltschutz-Politik wäre die Bundesregierung gut beraten, wenn sie im Herbst diesen Jahres eine europapolitische Klausurtagung mit Schwerpunkt auf der Verbesserung des Finanz- und Haushaltsgebarens der Gemeinschaft abhalten wollte. Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft muß solide geplant und finanziert werden. Solidität aber hat nichts mit angeblicher "Europafeindlichkeit" zu tun, sondern sie ist die einzig taugliche Grundlage für ein dauerhaftes europäisches Einigungswerk.  
(-/18.7.1975/ka/pr)

### Schwierigkeiten in Afrika

#### Skepsis der Befreiungsbewegungen gegenüber der Bundesrepublik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Bundesrepublik hat in Afrika besonders dort einen schweren Stand, wo der Entkolonialisierungsprozeß noch nicht zu Ende ist und durch aktiven Kampf oder politische und materielle Unterstützung gefördert wird. Die neue Regierung in Mocambique hat deutlich gezeigt, daß sie ihre Freunde unter den Staaten zu suchen gewillt ist, die ihr Streben nach Unabhängigkeit aktiv unterstützt und nicht durch starke wirtschaftliche Bande zu den herrschenden weißen Minderheiten kompliziert haben.

Auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wurde bei seiner Afrika-Reise mit dem Zwang konfrontiert, sich für wirtschaftliche Beziehungen mit weißen Minderheitsregierungen oder für politische Beziehungen mit den Unabhängigkeitsbewegungen und den sich daraus entwickelnden, von den schwarzen Mehrheiten regierten, Staaten zu entscheiden. Die Ereignisse im südlichen Afrika zeigen, daß dort in den Kräften, die zweifellos die politische Zukunft ihrer Länder bestimmen werden, niemand das Postulat von der Trennung von Handelspolitik und Außenpolitik hinnehmen wird. Jedem Sozialdemokraten muß klar sein, daß starke wirtschaftliche Beziehungen eine politische Lage stabilisieren und außenpolitische Grundsätze zu bloßen Lippenbekenntnissen machen.

Staatssekretär Dr. Walter Gehloff vom Auswärtigen Amt hatte anlässlich der Konferenz deutscher Botschafter in Afrika im Januar 1975 unmißverständlich erklärt, daß die rhodesische Minderheitsregierung und die Herrschaft Südafrikas über Namibia illegal seien. Diese politisch eindeutige Aussage muß nun endlich in praktischer Arbeit verwirklicht werden. Damit wird nicht nur politischer Vernunft, sondern auch sozialdemokratischer Pflicht entsprochen: Das Godesberger Programm fordert zur Hilfe für die Unterdrückten in der Dritten Welt auf, und auf dem Hannoveraner Parteitag von 1973 hatte die SPD klar Stellung bezogen: "In ihrem Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus steht die SPD an der Seite der Völker der Dritten Welt... Wir werden deshalb den nationalen Befreiungsbewegungen unsere Solidarität und unsere politische und humanitäre Unterstützung gewähren."

Der Auftrag ist klar. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung sollte ihn zu erfüllen suchen.  
(~/16.7.1975/ks/pr)

Auch hier das Ziel verfehlt!

Ungenügende Anti-Terroristen-Strategie der Opposition

In ihrem sog. "Offensivkonzept" zur Bekämpfung des Terrorismus bemühen sich CDU und CSU um eine Analyse der Ursachen dessen, was sie "terroristischen Anarchismus" nennen. Dieser Versuch ist jedoch gründlich mißlungen. Bei der Lektüre der recht knapp gehaltenen Analyse fällt auf, daß die Sicherheitsexperten der beiden Unions-Parteien weniger einen fundierten Einblick in die Vorgänge gewähren, die zum Terrorismus führen, als vielmehr in ihr eigenes Gesellschafts- und Staatsverständnis.

Unter dem Kapitel "Fördernde Umstände" zählen die Sicherheitsexperten der Opposition einige Fehlentwicklungen unserer Gesellschaft auf, die angeblich dazu beigetragen haben, den Terrorismus zu fördern. Hierzu fällt den Unions-Politikern alles Mögliche ein, wie z.B. ein schwindendes Geschichtsbewußtsein, Autoritätsverlust des Staates, falsch verstandene Liberalisierung, sinkender Wert familiärer nachbarschaftlicher und religiöser Bindungen sowie Abbau der Achtung vor den Rechten des Nächsten. Wenn die Unions-Parteien von einer die wirklichen Konflikte unserer Gesellschaft derart verharmlosenden Analyse ausgehen, kann es nicht verwundern, daß sie bei ihren "Bekämpfungsstrategien" am Ziel vorbeischießen.

Unsere Gesellschaft mag auch daran krankem, daß die familiären und nachbarschaftlichen sowie religiösen Bindungen nachgelassen haben. Einen Nährboden für den Terrorismus geben die von CDU und CSU aufgezählten Ursachen aber nicht ab. Terrorismus kann nur dort gedeihen, wo er auf Unzufriedenheit, Mißstände und soziale Spannungen stößt. Eine erfolgreiche Sozialpolitik, die die Verwirklichung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit im weitesten Sinne zum Ziel hat, ist eine "Schutzimpfung"

gegen die Krankheit des Terrorismus. In ihrem Katalog der angeblichen "Ursachen des Terrorismus" haben CDU und CSU den Bereich der sozialen Probleme völlig ausgeklammert. Bei ihnen findet sich kein Wort über die ungleiche Verteilung des Einkommens, ungleiche Bildungschancen, die Existenz von sozialen Randgruppen usw.

Die "Rote-Armee-Fraktion" hat in ihrer Rechtfertigungsschrift "Das Konzept Stadt-Guerilla" deutlich gemacht, daß ihr großer Gegner die SPD und die von ihr betriebene Reformpolitik ist. Ein Zitat gibt hierüber Auskunft: "Der sozialliberalen Koalition ist es gelungen, die Unzufriedenheit ... weitgehend zu absorbieren, insofern der Reformismus der sozialdemokratischen Partei im Bewußtsein ihrer Anhänger noch nicht abgewirtschaftet hat... Die reformistische Linie zielt darauf, Konflikte zu vermeiden, durch Reformversprechen (Strafvollzug z.B.) indem sie überall den Konfliktstoff ausräumt, (der Kniefall des Kanzlers in Polen z.B.), indem sie Provokationen vermeidet (...), durch die verbale Anerkennung von Mißständen."

Den Terroristen ist sicherlich klar, daß ihnen bei einer geistig-politischen Auseinandersetzung von den Unions-Parteien keine Gefahr droht. Mit einem verbesserten Geschichtsbewußtsein, mehr Nächstenliebe und stärkeren religiösen Bindungen kann man den Terrorismus allein nicht bekämpfen. Hierzu bedarf es mehr. Dieses Mehr zu leisten, ist die sozialliberale Koalition mit ihrer Reformpolitik angetreten. Zur geistig politischen Auseinandersetzung mit dem Terrorismus haben die Unions-Parteien bisher keinen ernstzunehmenden Beitrag geleistet. Das sog. "Offensivkonzept" ist ein weiterer Beweis dafür. Die Sozialdemokraten werden sich auch durch solche heuchlerischen Anwürfe nicht davon abbringen lassen, konsequent sowohl die geistige Auseinandersetzung mit den ideologischen Wurzeln und Verästelungen des Terrorismus als auch mit jenen zu führen, die der Bundesregierung und der sozialliberalen Koalition immer wieder in infamer Weise Nichtstun vorzuwerfen sich bemühen. Für uns gilt, daß die innere Sicherheit unseres Staates nur in der Verwirklichung der Freiheit in der sozialen Demokratie dauerhaft zu bewahren ist.

Edgar Moron  
(-/16.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Wer kennt schon KSZE ?

Anmerkungen zum Ergebnis einer Meinungsumfrage

Wenn die Abgeordneten in der nächsten Woche die parlamentarische Sommerpause unterbrechen, um in einer Sondersitzung des Bundestages die Ergebnisse der KSZE zu debattieren, dann werden sie mit dieser Veranstaltung die Nation nicht eben aufrütteln. Noch nicht jeder Fünfte in unserem Lande weiß, so ermittelten die Demoskopien der Wickert-Institute, was KSZE eigentlich ist. Während 63 vH bisher überhaupt nichts davon gehört haben wollen, stellen sich 20 vH darunter immerhin eine Kunstfaser oder dergleichen vor, aber nur 17 vH entschließen das Kürzel als Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Da andernorts wohl ähnlich gedacht wird, haben die 35 Staats- und Regierungschefs - unter ihnen die Mächtigsten dieser Welt - Grund zu der Annahme, daß ihrem Gipfeltreffen eher mit einer gewissen Gelassenheit denn mit Fieber entgegengesehen wird...

Bemerkenswert ist dieser Umstand schon. Zwar wird es am 30. Juli in Helsinki nicht unumgänglich sein, zu erklären, daß von dort und eben diesem Zeitpunkt eine neue Epoche der Weltgeschichte ausgehe, aber historische Dimensionen kann, wer will, schon spüren. Warum machte dann diese nun schon fast zwei Jahre andauernde Konferenz in der Bevölkerung so wenig von sich reden? Sicher, die der Sprödigkeit ihrer Materie abgewonnenen Routineberichte sind nur begrenzt dazu angetan, den Bürger zu faszinieren; unter den Eindrücken, die sie hervorriefen, dürfte noch der am plastischsten sein, daß es da in Genf vor allem um "Körbe" gegangen sein muß, womit sich der Zeitgenosse nachträglich mit dem Ahn solidarisieren kann, der immerhin wußte, daß die Teilnehmer einer anderen großen Konferenz, just vor 150 Jahren in Wien, dauernd tanzten.

Andererseits dürfen Bereitschaft und Gelegenheit des Bürgers, sich ihm doch reichlich abstrakt präsentierenden politischen Erscheinungen mit Sorgfalt und Ausdauer zu widmen, namentlich in Zeiten konkreter Bedrängnis der ökonomischen Existenz, nicht überachätzt werden. Es ist jedenfalls demokratischer, wenn der Bürger die Mattscheibe mit dem Politiker sukzipiert, als wenn der Politiker nach Belieben den Bürger ein- und ausschaltet. Die Demokratie indessen lebt von der unterrichteten Öffentlichkeit. Eine wesentliche Aufgabe demokratischer Politik liegt also klar zutage: Aufklärung, Argumentation, Alternativen. Das ist freilich nicht jedermanns Sache, und es gibt schließlich auch einen anderen Weg: Siehe Sont-hofen. So ist der Hauptbeitrag der Union zum Thema KSZE denn bisher auch die kernige Feststellung, daß sie, wie auch immer, gegen die vitalen deutschen Interessen verstoße. Worauf der Bürger sich dann auch seinen Reim machen kann.

Claus Preller  
(-/16.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller